

thema:

» Kulturpolitik – kommunale Perspektiven«

Am 1. Mai hat Hilmar Hoffmann *dpa* ein Interview zur Lage in der bundesdeutschen Kulturpolitik gegeben, von dem die Überschrift »Das Ende der Kulturpolitik ist eingeläutet« und einige plakative Aussagen in nahezu allen Zeitungen wiedergegeben wurden. In der *dpa*-Meldung des Gespräches wird berichtet, dass Hoffmann »einen Niedergang der Kulturpolitik in Deutschland« beklage, da diese nicht mehr von Kulturdezernenten, sondern von Kämmerern und Finanzministern betrieben werde. »Das Ende dessen«, wird Hoffmann zitiert, »was man früher einmal euphorisch Kulturpolitik nannte, steht damit bevor.« Als Gründe (oder Folgen) dieser misslichen Lage hat Hoffmann die Sparpolitik und die Kürzungen der Kultur-etats ausgemacht. Die Schuld sieht er jedenfalls bei den kommunalen Kulturpolitikern, die »sich nur noch für Kulturdezernenten entscheiden, die den Posten um jeden Preis haben wollten, aber nichts riskierten und keine Ideen hätten. Es gebe kaum noch Kulturdezernenten von Rang. ›Von denen, die nachgekommen sind, geht doch kaum noch einer auf die Barrikaden, sondern verwaltet nur noch den Kulturretat.« (*dpa*-Gespräch 1145)

Die konkreten Befunde von Hoffmann und in anderen Nachrufen auf die Kulturpolitik (Finanznot, hilfloses Reagieren auf die neuen Anforderungen, konzeptionsloses Agieren u. a.) sind nicht von der Hand zu weisen. In nahezu allen Kommunen finden sich entsprechende Beispiele.

Allerdings geht bei vielen der gegenwärtigen kulturpolitischen Diagnosen etliches durcheinander, weswegen die daraus begründeten Lösungswege oft entsprechend konfus sind.

Es ist nützlich auseinanderzuhalten, dass die Kulturpolitik seit einigen Jahren sich in einer dreifachen Krise, einer *finanziellen*, einer *strukturellen* und einer *konzeptionellen* befindet, die zwar eng miteinander zusammenhängen, aber nicht identisch sind.

Die *finanzielle Situation* ist in der alltäglichen Praxis bestimmt durch Sparzwänge und Mittelkürzungen, wobei die in einigen Städten gegenwärtig wieder möglich gewordenen Etaterhöhungen bei weitem noch nicht die vorhergehenden Einschränkungen wettmachen und oft nur die gestiegenen Personalkosten auffangen. Gleichzeitig sind aber immer wieder Mittel für prestigeträchtige Events und Neubauten vorhanden, was zum Auseinanderklaffen von alltäglich rigiden Sparzwängen und teuren Großprojekten führt.

Mit der Finanznot der Kulturhaushalte, und dadurch verstärkt, ist offensichtlich geworden, dass nahezu alle öffentlichen Kultureinrichtungen, vor allem die großen, traditionellen Institutionen, vor einem *Umbruch ihrer über lange Jahre gewachsenen Strukturen* stehen. Diese entsprechen vielfach nicht den Anforderungen einer effizienten und effektiven Organisation, den veränderten künstlerischen Produktions- und Rezeptionsformen und den allgemeinen gesellschaftlich-kulturellen Entwicklungen, etwa der veränderten kulturellen Öffentlichkeit.

Die vor über einem halben Jahrzehnt begonnene Verwaltungsreform im Kulturbereich wird immer noch weitgehend als technisch-organisatorische Aufgabe angesehen, bei der die inhaltlich-strukturelle Seite – verändertes Politikverständnis, größere Bürgerorientierung, Verantwortungsdelegation, Aufgabenverlagerung auf den Dritten Sektor und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements, letztlich eine Überprüfung des Verhältnisses Bürger-Staat-Gesellschaft – oft noch sehr unterbelichtet ist. Statt Diskussionen um kulturpolitische Ziele und inhaltlich begründete Strategien, wie mit den Sparzwängen umzugehen ist und eine weitergehende Strukturreformen umgesetzt werden kann, wird auf die betriebswirtschaftliche Kompetenz der großen Wirtschaftsberatungsunternehmen gesetzt, die den Durchblick für die Kulturpolitik bringen sollen.

Um in Anbetracht der angespannten Haushaltssituation aus der defensiven Spardiskussion herauszukommen und durch strukturelle Reformen Möglichkeiten für kulturpolitische Weiterentwicklungen zu eröffnen, bedarf es einer Zieldiskussion der Kulturpolitik. Denn erst wenn über die Zielsetzungen und allgemeinen Leitlinien der Kulturpolitik eine Verständigung erzielt ist, läßt sich begründet über Prioritäten von Förderungen entscheiden. Und erst durch die inhaltliche Zielbestimmungen ist es möglich, zu einer Politik- und Verwaltungsreform zu kommen, die mehr ist als ein Rationalisierungsinstrument.

Aber nicht nur weil die Finanzierungs-Spar-Diskussion zu kurz greift und die Verwaltungsreform technizistisch verkürzt angegangen wird, ist eine Erweiterung und Vertiefung der kulturpolitischen Diskussionen notwendig, sondern auch, weil sich die politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen heute Kulturpolitik stattfindet, grundlegend verändert haben. Da diese aber

bislang kaum Eingang in die Konzeptionen kulturpolitischen Handelns gefunden haben, befindet sich die Kulturpolitik gegenwärtig auch in einer *konzeptionellen Krise*.

Die gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Umbrüche der vergangenen Jahre und Jahrzehnte haben die Grundlagen bisheriger kulturpolitischer Konzeptionen und Praxisformen in Frage gestellt und erfordern neue Antworten und Entwürfe, die erst in Ansätzen entwickelt und diskutiert werden, wie etwa im neuen Grundsatzprogramm der *Kulturpolitischen Gesellschaft* (abgedr. in *Kulturpolitische Mitteilungen*, Heft 83, IV/1998, S. 24-31). Dabei stehen Fragen der Globalisierung und Regionalität, von Individualisierung und kultureller Differenz, der multikulturellen Gesellschaft und der medientechnologischen Entwicklung, von Ökologie und Arbeitsgesellschaft in ihrer Bedeutung für Kultur und Kulturpolitik im Zentrum.

Von ähnlicher Bedeutung wie allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklungen für die Ausgestaltung der Kulturpolitik sind die gegenwärtigen Veränderungen in den Künsten, ihrer Vermittlung beziehungsweise Vermarktung und in der kulturellen Öffentlichkeit.

Im Zeitalter der Globalisierung hat nicht nur die Kunstrezeption, sondern auch die Kunstproduktion längst die nationalen Schranken überwunden. Die multikulturelle Durchmischung der Bevölkerung bildet das innergesellschaftliche Pendant zur Internationalisierung von Kunstproduktion/-rezeption und bringt neue hybride Kulturen hervor, die alte inhaltliche Traditionslinien überwinden und neu mischen. Diese Hybridkulturen sind *ein* Ausdruck der zunehmenden Entgrenzung zwischen einzelnen Sparten und Genres, die als *cross culture* zum wesentlichen Kennzeichen der Entwicklung in und zwischen den Künsten in den letzten Jahrzehnten geworden sind und auch alte Trennungslinien zwischen »Hochkultur« und »Popularkultur« haben brüchig werden lassen. Der auratische Werkcharakter von Kunst tritt öfter hinter performative, kontextgebundene Produktions- und Darstellungsweisen zurück. In der Kunstvermittlung hat der Markt eine noch dominierendere Rolle eingenommen.

Bei einer derart veränderten Lebenswelt und Kunst/Kulturwelt steht Kulturpolitik vor der Herausforderung ihre bisherigen Vorstellungen, Paradigmen und Zielsetzungen zu überprüfen, um eine notwendig gewordene konzeptionelle Neuorientierung und strukturelle Neuorganisation in Angriff nehmen zu können. Dabei werden die Ziele und die daraus abgeleiteten allgemeinen Aufgaben kulturpolitischen Handelns und die zugrundeliegenden Werte und Normen im Mittelpunkt stehen.

Wird diese Diskussion nicht grundsätzlich geführt, kann das Schwinden der Legitimation öffentlicher Kulturpolitik nicht aufgehalten, geschweige denn diese neu fundiert werden.

Wie brüchig die Legitimationsbasis öffentlicher Kulturfinanzierung geworden ist, wird nicht nur deutlich im zunehmenden populistischen Ausspielen von Kulturausgaben gegen Sozialausgaben, sondern auch in immer öfter anzutreffenden Hinweisen auf die heilende Kraft des Marktes für die Kultur. Diese sind nicht auf Vulgärliberale ökonomischer Provenienz beschränkt, sondern finden sich gerade bei Meinungsführern der vielgepriesenen »Generation @«, »Generation Golf«, »Generation Berlin« oder wie die jüngeren Menschen in den konjunkturellen Szenendiagnosen noch zusammenfassend bezeichnet werden. Ein Blick in die Aufzeichnungen der »Big Brother«-Mittelklassen-Variante, dem Treffen des »popkulturellen Quintetts« mit Joachim Bessing, Benjamin von Stuckrad-Barre u.a. im Berliner Nobelhotel *Adlon* zerstört letzte Zweifel daran, dass öffentliche Kulturausgaben heute noch unbestrittene Legitimation haben. Die Subventionierung von Kunst wird hier als schädlich und schändlich angegriffen, die Abschaffung der subventionierten Theater gefordert und postuliert, dass die Kunst »ganz streng kapitalistischen Prinzipien unterworfen (wird) ... wie die Wurstbude vor dem Hotel«. Das ist kein aufgeschnapptes biertrunkenes Stammtischgeschwätz, sondern die Auffassung der vom Feuilleton hofierten Crème der modernen, jungen Schriftstellergeneration im Buch »Tristesse Royale. Das popkulturelle Quintett« (Berlin 1999, S. 76ff.)

In dem Spannungsfeld von Wertorientierung und inhaltlichen Zielsetzungen, Gestaltungsanspruch und Legitimationsbasis steht die notwendige Neuorientierung der Kulturpolitik.

Im Schwerpunkt dieses Heftes stehen Beiträge von Kulturdezernenten aus drei Städten, die sich in unterschiedlicher Weise und auch divergierend mit der konzeptionellen Orientierung von Kulturpolitik beschäftigen. Immer wieder auftauchende Themen in den Beiträgen sind: Werte, normative Grundlagen, Aufgaben der Kulturpolitik, kulturelle Grundangebote, Veränderung der Künste, kommunikative Netze, neue Bündnisse.

Neben den Städten München, Essen und Gelsenkirchen, in denen die drei Dezernenten tätig sind bzw. waren, finden sich im vorderen Heftteil Artikel zur Kulturpolitik in Bremen, Berlin und Frankfurt am Main, die mit den hier behandelten Themen im Zusammenhang stehen. (Mit der besonderen Situation der Kulturpolitik in den ostdeutschen Städten wird sich Heft 91 beschäftigen.) Im Zusammenhang mit dem Schwerpunkt steht auch der Beitrag zu Freiwilligenarbeit und Ehrenamt im Kultursektor, da die Einbindung bürgerschaftlichen Engagements zu den zentralen Aufgaben der Neuorientierung in der Kulturpolitik gehört.

Bernd Wagner